

**TOP 2: Tagesordnung der 1051. Sitzung des Bundesrates
am 14.02.2025**

Gemäß § 7 Absatz 1 Nr. 1 Landestransparenzgesetz sind Beschlüsse des Ministerrats, auf deren Grundlage das Land im Bundesrat abstimmt, im Ergebnis zu veröffentlichen.

Für die 1051. Sitzung des Bundesrats am 14.02.2025 traf der Ministerrat die zugrundeliegenden Beschlüsse in seiner Sitzung am 11.02.2025.



Rheinland-Pfalz

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 1051. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 14.02.2025¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 1/2025 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Kulturfragen

gemäß § 12 Absatz 3 GO BR
Drucksache 25/25

Zustimmung zum Wahlvorschlag.

2. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung

gemäß § 12 Absatz 3 GO BR
Drucksache 26/25

Zustimmung zum Wahlvorschlag.

5. Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz** - GVSG)**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 36/25
Drucksache 36/1/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.
Keine Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffer 2 der Empfehlungsdruksache 36/1/255.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

7. Gesetz zur **Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften** für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 104a Absatz 4 GG
Drucksache 38/25

Zustimmung zum Gesetz.

8. a) Gesetz zu dem Abkommen vom 13. September 2024 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der **Republik Litauen** über die **Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 39/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

8. b) Gesetz zur weiteren **Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft** und zur Änderung von Vorschriften für die **Bundeswehr**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 40/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

9. Gesetz über die Strafbarkeit der Ausübung von **Tätigkeiten für fremde Mächte** sowie zur Änderung soldatenrechtlicher und soldatenbeteiligungsrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 41/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

10. Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2025
(**ERP-Wirtschaftsplangesetz 2025 - ERPWiPlanG 2025**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 42/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

12. Gesetz zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (**TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 44/25
Drucksache 44/1/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.
Keine Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffer 2 der Empfehlungsdrucksache 44/1/25.

14. Gesetz für mehr Steuerung und Akzeptanz beim **Windenergieausbau**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 46/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

15. Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur **Vermeidung von temporären Erzeugungsüberschüssen**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 47/25

Es lag kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor.

18. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - Verbesserung des **Schutzes vor sexueller Belästigung**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 519/24
Drucksache 519/1/24

Keine Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 519/1/24.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 519/2/24.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 519/3/24.

19. a) Entwurf eines Gesetzes zur **Verlängerung der Mietpreisbremse**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hamburg,
Bremen, Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen und Berlin,
Brandenburg
Drucksache 606/24
Drucksache 606/1/24

Keine Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 1 der
Empfehlungsdrucksache 606/1/24.
Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Ziffer 2.

19. b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Regelungen des Rechts der **Wohnraummiete**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 5/25
Drucksache 5/1/25

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffern 1 bis 5 der
Empfehlungsdrucksache 5/1/24.

19. c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige **Miethöhe bei Mietbeginn**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 6/25
Drucksache 6/1/25

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffern 1 und 2 der
Empfehlungsdrucksache 6/1/24.

20. Entschließung des Bundesrates zur **Handlungs- und Rechtssicherheit für den Einsatz von selbständigen Lehrkräften**, Lehrbeauftragten und Dozierenden in den Einrichtungen der Weiterbildung und des Kulturbetriebs sowie an Hochschulen

Antrag der Länder Berlin und
Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen
und Schleswig-Holstein, Saarland, Hessen
Drucksache 577/24
Drucksache 577/1/24

Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gemäß Ziffern 1 und 2 der
Empfehlungsdrucksache 577/1/24.
Hilfsweise Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 3.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

21. Entschließung des Bundesrates zur Beschleunigung der Verfahren zur **Anerkennung von Tierärztinnen und Tierärzten** mit ausländischer Ausbildung

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 30/25

Ausschusszuweisung.

22. Entschließung des Bundesrates "Den europäischen Binnenmarkt stärken und die **Übererfüllung von EU-Recht** (Gold-Plating) verhindern"

Antrag des Landes Hessen
Drucksache 603/24

Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

23. Entschließung des Bundesrates "**Regionale Dimension der EU Haushaltspolitik** erhalten"

Antrag der Länder Hessen, Nordrhein-
Westfalen, Schleswig-Holstein und
Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 604/24
Drucksache 604/1/24

Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gemäß Ziffern 1 bis 6 der
Empfehlungsdrucksache 604/1/24.

Keine Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 7.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

24. b) Entschließung des Bundesrates zur Erleichterung von Bundeshilfen bei der finanziellen **Schadensbewältigung durch Extremwetter-ereignisse** in Deutschland sowie zum verstärkten Hochwasserschutz

Antrag der Länder Saarland und Schleswig-Holstein
Drucksache 538/24
Drucksache 538/1/24

Zustimmung zum Fassen der Entschließung (Neufassung) gemäß Ziffer 1 der
Empfehlungsdrucksache 538/1/24.

Hilfsweise Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 2.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

25. Entschließung des Bundesrates zu einer **gleichberechtigten Terminvergabe in Arztpraxen**

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 31/25

Ausschusszuweisung.

26. Entschließung des Bundesrates "Mehr aus dem Land - Maßnahmen für eine **konsequente Rückführungspolitik**"

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 32/25

Ausschusszuweisung.

27. Entschließung des Bundesrates "Weniger ins Land - Maßnahmen zur sofortigen **Reduktion des Zuzugsgeschehens**"

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 33/25

Ausschusszuweisung.

28. Entschließung des Bundesrates zur Sicherstellung einer **schuldangemessenen Bestrafung bei Einsatz psychotroper Substanzen** zur Ermöglichung einer Sexualstraftat

Antrag des Landes Berlin
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 28/25

Ausschusszuweisung.

29. Entschließung des Bundesrates zur Stärkung des strafrechtlichen **Schutzes der Mitglieder von Verfassungsorganen** sowie politischer und kommunaler Mandatsträger und ihren Unterstützungskräften vor tätlichen Angriffen

Antrag des Landes Berlin
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 29/25

Ausschusszuweisung.

30. Entschließung des Bundesrates zur Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und zur Reform weiterer struktureller Rahmenbedingungen bei der Finanzierung von Infrastruktur für den **Schienenpersonennahverkehr** (SPNV)

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 13/25

Ausschusszuweisung.

31. Entschließung des Bundesrates "**Luftverkehr** in seiner sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung **stärken und zukunftssicher machen**"

Antrag des Landes Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 51/25

Ausschusszuweisung.

32. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der **Pflegekompetenz**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 2/25
Drucksache 2/1/25

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 2/1/25 ohne die Ziffern 6, 11 und 21.

33. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen **Suizidprävention**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 3/25
Drucksache 3/1/25

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 3/1/25.

34. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des **Gerichtsverfassungsgesetzes** und zur Vererblichkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 4/25
Drucksache 4/1/25

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 4/1/25.

37. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: **Umsetzung des Europäischen Forschungsraums (EFR)** - Stärkung von Forschung und Innovation in Europa: Der Weg des EFR und künftige Ausrichtungen
COM(2024) 490 final; Ratsdok. 14908/24

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 583/24
Drucksache 583/1/24

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 583/1/24 ohne Ziffer 16.

38. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 hinsichtlich der **Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte** in der Lebensmittelversorgungskette
COM(2024) 577 final; Ratsdok. 16779/24

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 11/25
zu Drucksache 11/25
Drucksache 11/1/25

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 11/1/25 ohne Ziffern 1 bis 3.

43. Fünfte Verordnung zur Änderung der **Zulassungsverordnung für Vertragsärzte**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 647/24
Drucksache 647/1/24

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 647/1/24.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 647/2/25.

49. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV)**

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 616/24
zu Drucksache 616/24
Drucksache 616/1/24

Keine Zustimmung zu den Maßgaben in Ziffern 1 bis 10 der Empfehlungsdrucksache 616/1/24.

Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 11.

Zustimmung zur Begleitentschließung gemäß Ziffern 12 bis 15.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

53. Entschließung des Bundesrates zum 3. Jahrestag des russischen **Angriffskriegs gegen die Ukraine**

Antrag der Länder Baden-Württemberg,
Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-
Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein
und Bayern, Niedersachsen, Bremen,
Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz,
Berlin, Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 62/

Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung.

54. Entschließung des Bundesrates "Modernisierung des **Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs**"

Antrag des Landes Baden-Württemberg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 63/25

Ausschusszuweisung.

55. Entschließung des Bundesrates "Priorisierung, auskömmliche Finanzierung und rechts-sichere Implementierung eines gemeinsamen Datenhauses für die Informationsverarbeitung der Polizeien des Bundes und der Länder - **Neuausrichtung polizeilicher IT** (P20) sowie interimswise zeitnahe Bereitstellung einer gemeinsam betriebenen automatisierten Datenanalyseplattform"

Antrag der Länder Sachsen-Anhalt,
Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 58/25

Ausschusszuweisung.

56. Entwurf eines ... Gesetzes zur **Änderung des Waffengesetzes**: Einführung der Erlaubnispflicht (Kleiner Waffenschein) für den Erwerb und den Besitz von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 67/25

Ausschusszuweisung.

57. Entschließung des Bundesrates: Sozialere Ausgestaltung des Rechts auf **Kündigung wegen Eigenbedarfs**

Antrag der Freien und Hansestadt
Hamburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 68/25

Ausschusszuweisung.

58. Entschließung des Bundesrates: Zeitnah effektive Unterstützung für den Erhalt und die **Transformation der energieintensiven Industrie** erforderlich

Antrag des Landes Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 69/25

Ausschusszuweisung.

59. Entschließung des Bundesrates "**Finanzierung des Mittelstands sichern** und stärken - Unternehmensbeteiligungsgesellschaftsgesetz weiterentwickeln"

Antrag des Landes Baden-Württemberg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 70/25

Ausschusszuweisung.

60. Entschließung des Bundesrates zur Befreiung von **Bezügen aus der gesetzlichen Rentenversicherung** von der Besteuerung bis zu einer Höhe von 2.000 Euro im Monat

Antrag des Landes Brandenburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 72/25

Ausschusszuweisung.

62. Entschließung des Bundesrates zur **Schaffung Grüner Leitmärkte** für Grundstoffe

Antrag der Länder Saarland, Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 73/25

Ausschusszuweisung.

63. Gesetz für ein verlässliches **Hilfesystem** bei geschlechtsspezifischer und **häuslicher Gewalt**

gemäß Artikel 106 Absatz 3 Satz 3
GG
Drucksache 74/25

Zustimmung zum Gesetz.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 74/1/25.

65. Entschließung des Bundesrates zum **Schutz** der Deutschen Wirtschaft **vor Strafzöllen**

Antrag des Saarlandes und
Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 76/25

Ausschusszuweisung.

Umdruck 1/2025 („Grüne Liste“)

Betr.: 1051. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 14. Februar 2025, 09.30 Uhr

Zu den Punkten 3, 4, 6, 11, 13, 16, 17, 24a, 35, 36, 39 bis 42, 44 bis 48, 50 bis 52, 61 und 64 der Tagesordnung der 1051. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 14. Februar 2025, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

3. Gesetz zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze - Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt (**Mutterschutzanpassungsgesetz**)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 34/25
Ausschussbeteiligung

- FS - AIS - FJ -
- G -

6. Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer **Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 37/25
Ausschussbeteiligung

- In -

11. Gesetz zur Änderung des Außenhandelsstatistikgesetzes und weiterer statistischer Gesetze (**Außenhandelsstatistikänderungsgesetz** - AHStatG-ÄndG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 43/25
Ausschussbeteiligung

- Wi -

13. Gesetz zur Änderung des **Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes** und der KWK-Ausschreibungsverordnung

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG

Drucksache 45/25

Ausschussbeteiligung

- Wi - U -

16. Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur **Flexibilisierung von Biogasanlagen** und Sicherung der Anschlussförderung

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG

Drucksache 48/25

Ausschussbeteiligung

- Wi - AV - U -

17. Gesetz zur Änderung des Abkommens über die **Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG

Drucksache 22/25

Ausschussbeteiligung

- Fz -

II.

Dem Gesetz zuzustimmen:

4. Gesetz für dringliche Änderungen im **Finanzmarkt- und Steuerbereich**

gemäß Artikel 105 Absatz 3,

Artikel 106 Absatz 3 Satz 3,

Absatz 5a Satz 3, Absatz 6 Satz 5,

Artikel 107 Absatz 1 Satz 2,

Absatz 2 Satz 1 GG

Drucksache 35/25

Ausschussbeteiligung

- Fz - Wi -

III.

Die Entschließung nach Maßgabe der in der Empfehlungsdruksache wiedergegebenen Änderungen zu fassen:

24. a) Entschließung des Bundesrates zu den **Starkregen- und Hochwasserereignissen** der vergangenen Monate

Antrag des Freistaates Bayern
Drucksache 516/24
Drucksache 516/1/24²
Ausschussbeteiligung

- Fz - In -

IV.

Zu dem Gesetzentwurf die in der Empfehlungsdruksache wiedergegebene Stellungnahme abzugeben:

35. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Berufsrechts der **Wirtschaftsprüfer**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 7/25
Drucksache 7/1/25³
Ausschussbeteiligung

- Wi - Fz - R -

² In empfiehlt, die Entschließung ohne Änderungen zu fassen.

³ Wi empfiehlt, keine Einwendungen zu erheben.

V.

Zu der Vorlage die Stellungnahme abzugeben, die in der zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben ist:

36. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die **Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung**
COM(2024) 497 final

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 592/24
zu Drucksache 592/24
Drucksache 592/1/24⁴
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - Wi -

VI.

Der Verordnung zuzustimmen und die in der Empfehlungsdrucksache angeführte EntschlieÙung zu fassen:

39. Sechste Verordnung zur Änderung der **Berufskrankheiten-Verordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 614/24
Drucksache 614/1/24⁵
Ausschussbeteiligung

- A/S - G -

⁴ Wi empfiehlt Kenntnisnahme.

⁵ G empfiehlt Zustimmung und keine EntschlieÙung.

VII.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

40. Dritte Verordnung zur Änderung der **AAÜG-Erstattungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 645/24
Ausschussbeteiligung - A/S -

41. Siebte Verordnung zur Änderung der **CbCR-Ausdehnungs-verordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 646/24
Ausschussbeteiligung - Fz -

42. Vierte Verordnung zur Änderung der **Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 629/24
Ausschussbeteiligung - G -

44. Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der **Arzneimittelverschreibungs-verordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 648/24
Ausschussbeteiligung - G -

45. Erste Verordnung zur Änderung der **Medizinprodukte-Betreiberverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 649/24
Ausschussbeteiligung - G - U -

46. Verordnung zur Änderung der Verordnung über nationale Verpflichtungen zur **Reduktion der Emissionen bestimmter Luftschadstoffe**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 10/25
Ausschussbeteiligung

- U -

47. Zehnte Verordnung zur Änderung der **Kriegswaffenliste**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 630/24
Ausschussbeteiligung

- Wi - In -

48. Erste Verordnung zur Änderung der **Versicherungsvermittlungsverordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 8/25
Ausschussbeteiligung

- Wi - K -

VIII.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

50. a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in **Beratungsgremien der Europäischen Union** für den Ausschuss der Kommission für ökologische/biologische Produktion (OPC) (**Komitologieausschuss**) und die Expertengruppe der Kommission für die ökologische/biologische Produktion (GREX)

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 621/24
Drucksache 621/1/24
Ausschussbeteiligung

- EU - AV -

- b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in **Beratungsgremien der Europäischen Union** für die **Arbeitsgruppe "Digitale Bildung: Lernen, Lehren und Beurteilen"** im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030) ("ET 2030")

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 19/25
Drucksache 19/1/25
Ausschussbeteiligung - EU - K -

- c) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in **Beratungsgremien der Europäischen Union** für den Ausschuss der **Kommission** für die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über **Sportboote** (Richtlinie 2013/53/EU)

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 21/25
Drucksache 21/1/25
Ausschussbeteiligung - EU - AIS -

51. Bestellung eines Mitglieds des **Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau**

gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 3 und
§ 7 Absatz 2 KredAnstWiAG
Drucksache 17/25
Drucksache 17/1/25
Ausschussbeteiligung - Fz -

61. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den **Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

gemäß § 5 Absatz 1 BEGTPG
Antrag des Freistaates Sachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 71/25

64. Neubenennung von **Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union**

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 27/25

IX.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

52. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

Drucksache 18/25
Ausschussbeteiligung

- R -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministerien, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident/die Bundesratspräsidentin nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 1051. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1051/download/1051-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.